

Terminservice- und Versorgungsgesetz – Verbessert es wirklich die Versorgung?

Liebe Patientinnen, liebe Patienten,

der Bundestag berät bis März über ein neues Gesetz für die ambulante Versorgung. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn verspricht Ihnen in diesem Zusammenhang eine bessere Versorgung mit schnellen Arztterminen für alle Patienten. Entscheidend ist jedoch, was in dem Gesetzentwurf wirklich steht.

Das sieht das Gesetz tatsächlich vor:

- Wir können als Praxis nicht mehr allein mit Ihnen die Termine vereinbaren. Eine zentrale Vermittlung soll hier künftig mitreden und kurzfristig Patienten einschieben.
- Wir sollen verstärkt neue Patienten aufnehmen. Ob zusätzlich zu Ihnen oder an Ihrer Stelle – das lässt der Gesetzgeber offen.

Und das sind aus unserer Sicht die Folgen:

- Geordnete Sprechstunden mit einem auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Verhältnis von Akutversorgung und Bestellpraxis werden der Vergangenheit angehören.
- Die Versorgung immer neuer Patienten wird zu Lasten derjenigen von Ihnen gehen, die chronisch krank sind und deshalb regelmäßig zu uns kommen müssen.

In der Konsequenz wird das die Wartezeit in unserer Praxis verlängern. Das möchten wir verhindern. Wir möchten für Sie da sein, wenn Sie unsere Hilfe brauchen. Das können wir am besten gemeinsam, ohne dass ein Minister in unsere Praxisorganisation hineinregiert.

Deshalb appellieren wir an Sie:

Sprechen Sie mit Ihren örtlichen Bundestagsabgeordneten oder senden Sie das angehängte Schreiben an den Bundestag!¹

Lassen Sie uns gemeinsam gegen Bürokratie und Über-Regulierung vorgehen!

Ihre Arztpraxis



Foto: Karina Hessland-Wissel / KVT

¹ Bitte senden Sie den Brief nicht anonym an den Bundestag! Bitte denken Sie daran, dass anonym verschickte Briefe zu Recht nicht beachtet werden! Deshalb bitte nicht vergessen: Brief unterschreiben und Ihre Adresse angeben.